

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales

am Montag, dem **14.03.2016**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 30 vom 11.02.2016**
- 4. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation in der Gemeinde Sande**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Oliver Kohls ab 17.08 Uhr
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsherr Uwe Wispeler

Vertreter/in

Ratsfrau Ruth Bohlke Vertretung für Frau Ratsfrau Annika Ramke

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Verwaltungsfachangestellter Hans-Hermann Tramann
Verwaltungsfachangestellte Martina Haschen als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Pöppelmeier, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest

2. **Einwohnerfragestunde**

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge von den derzeit als Dozenten agierenden ehrenamtlich Tätigen mit Engagement wahrgenommen wird; gleichwohl sei zu beklagen, dass es an erforderlichen Unterrichtsmaterialien mangelt und dieses als fehlende Unterstützung der Gemeinde empfunden wird.

Bürgermeister Eiklenborg sicherte zu, dass die Angelegenheit kurzfristig geklärt wird, damit die Durchführung von Sprachkursen mit den erforderlichen Materialien auch weiterhin gewährleistet bleibt.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 30 vom 11.02.2016

Die Fassung der Niederschrift wurde mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: fünf Stimmen dafür, eine Enthaltung

4. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation in der Gemeinde Sande

Von der Verwaltung wurde die aktuelle Flüchtlingssituation in der Gemeinde Sande dargestellt. Die diesbezügliche Präsentationsunterlage ist diesem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

Als Eckpunkte wurden genannt:

- im Zeitraum 01.01. – 14.03.2016 wurden insgesamt 70 Flüchtlinge aufgenommen;

- die bis zum 30.04.2016 geltende Zuweisungsquote (84 Personen) wird aus aktueller Sicht erfüllt werden können;

- 60 Flüchtlinge, die in diesem Jahr aufgenommen wurden, stammen aus Afghanistan und Syrien;

- eine altersbezogene Aufteilung der bisher in 2016 aufgenommenen Flüchtlinge weist einen hohen Anteil der 1 – 5jährigen (10), der 6 – 10jährigen (17) sowie der 11 – 16jährigen (10) aus;

- als aktuelle „Baustellen“ wurden von der Verwaltung folgende Bereiche benannt:

Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kindergärten und Schulen; Strukturierung der Sprachkurse, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten unter Berücksichtigung der Teilnahme an Sprachkursen, Intensivierung der Integrationsarbeit, Begleitung ehrenamtlich Tätiger in der Flüchtlingsarbeit, Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer weiteren dezentralen Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge;

- die über den 30.04.2016 hinaus zu erwartenden Zuweisungsquoten sind derzeit nicht bekannt und nicht einschätzbar; selbst eine Halbierung der aktuellen Zuweisungsquote lässt sich nicht durch hierfür erforderlichen Wohnraum lösen, da selbst dann insgesamt rd. 21 Wohnungen benötigt werden; insgesamt gestaltet sich die Wohnungsanmietung auf Grund

mangelnder Verfügbarkeit zunehmend schwieriger;

- eine Unterbringung in Turnhallen, Gemeindehäusern und Containern wird ausgeschlossen;

- es wird zu prüfen sein, ob und inwieweit eine Unterbringung in Mobilheimen an verschiedenen Standorten im gesamten Gemeindebereich realisierbar ist.

In der weiteren Aussprache wurde von der Verwaltung die Konzeption der für weitere Überlegungen konkret in Erwägung gezogenen Unterbringungsvariante, hier: Errichtung von Mobilheimen, vorgestellt:

- Grundfläche: 8,50 x 3,87 Meter, Ausführung in Holzbauweise, vollmöbliert, zur Unterbringung von 4 – 5 Personen pro Objekt;

- die Objekte würden von der Gemeinde auf 5 Jahre angemietet werden; vom Anbieter erfolgt die Aufstellung sowie der Rückbau / Abholung nach Ablauf der Mietdauer;

- von der Gemeinde ist die hierfür vorgesehene Fläche komplett zu erschließen;

- es entstehen monatliche Gesamtkosten von rd. 1.050,00 € pro Objekt einschl. Erschließungskosten, Versicherung und Gemeindeabgaben, die als Unterkunftskosten mit dem Landkreis abgerechnet werden; die ermittelten Gesamtkosten werden vom Landkreis auf der Grundlage einer fünfjährigen Nutzung anerkannt;

- die Lieferzeit beträgt zur Zeit rd. 12 Wochen; nach Ausführung erforderlicher Erschließungsarbeiten ist der Aufbau in wenigen Tagen realisierbar;

- pro Standort sollten nicht mehr als 5 – 7 Mobilheime vorgesehen werden, damit die Fortführung der bisherigen dezentralen Unterbringung gewährleistet bleibt und eine Massierung von Unterkünften an einem Standort vermieden wird; gleichzeitig sollte eine ausreichende Grundstücksgröße vorhanden sein, um eine soziale Verträglichkeit der Bewohner der Mobilheime zu gewährleisten;

- im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss wird im Detail über die Standortfrage zu beraten sein.

In der anschließenden Aussprache wurde das vorliegende Konzept wiederholt befürwortet; lt. Verwaltung ist davon auszugehen, dass die Konzeption der in Erwägung gezogenen Mobilheime Vorgaben nach dem Baurecht ausreichend berücksichtigt (Mindestraumgrößen etc.); die Raumaufteilung kann den Vorgaben der Gemeinde angepasst werden.

Auf Anfrage wies Bürgermeister Eiklenborg darauf hin, dass eine ähnliche

Situation in den übrigen Städten und Gemeinden gegeben ist, die sehr kurzfristig entsprechende Lösungskonzepte für eine Sicherung der Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge einfordert.

Ob „Sammelbestellungen“ mehrerer Städte und Gemeinden zu Preisvorteilen führen werden, muss geprüft werden.

In der weiteren Aussprache wurde darauf hingewiesen, dass Kindergartenkinder der zugewiesenen Flüchtlinge einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besitzen. In Kenntnis der ab August d.J. in den Kindertagesstätten zu erwartenden Belegungssituation werden u.a. von den Fraktionen und Gruppen Vorschläge für die Schaffung weiterer Kindergartenplätze erwartet.

Von der Verwaltung wurde bestätigt, dass die Durchführung der derzeitigen Sprachkurse einer besseren Koordination und Strukturierung bedarf.

Die derzeit vakante Stelle in der Flüchtlingssozialarbeit soll schnellstmöglich wieder besetzt werden.

Auf Anfrage wurde bestätigt, dass aus gegebener Veranlassung die Schaffung von Verkehrsunterrichtseinheiten für Flüchtlinge kurzfristig umgesetzt werden soll.

Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge, die der Gemeinde Sande zugewiesen sind, nicht an „Bettelaktionen“ beteiligt waren bzw. sind. Unabhängig davon sind diese Aktivitäten, zumeist ausgeführt von organisierten Banden, nicht verboten.

Abschließend wurde die vorgestellte und grundsätzlich als vorübergehend einzustufende Form der Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen in Mobilheimen uneingeschränkt befürwortet.

Eine weitere Beratung mit abschließender Beschlussfassung erfolgt im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften, im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss sowie im Verwaltungsausschuss.

5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

--

Schluss der Sitzung: 17:48 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin